

An die
Österreichische Bundesregierung
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer
An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz
An das Präsidium des Nationalrats

27. Oktober 2014

Betreff: Stellungnahme zum Entwurf des neuen Islamgesetzes

Als Vertreterinnen junger österreichischer Musliminnen sind wir angesichts des von der Regierung vorgelegten Entwurfs zum neuen Islamgesetz fassungslos. Tritt dieses Gesetz in Kraft, würde es die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen per Gesetz bedeuten. Muslime und Musliminnen werden in mehreren Paragraphen unter Generalverdacht gestellt. Dies wirft unsere Arbeit im Bereich der muslimischen Frauenförderung in Österreich um Jahre zurück.

Es war stets einer unserer Hauptanliegen die Identität von jungen Musliminnen als Österreicherinnen zu stärken und somit die Verantwortung für ihre Heimat bewusst zu machen. In diesem Bereich haben wir durch Vorträge, Seminare und unterschiedlichste Projekte auch große Arbeit geleistet. Wir fragen uns nun, wie wir das weiterhin authentisch vermitteln sollen, wenn per Gesetz eine Ungleichbehandlung und Diskriminierung aller MuslimInnen festgeschrieben wird.

Wir können und wollen ein derartiges Gesetz nicht hinnehmen, da es uns von unserer österreichischen Heimat entfremdet! Nach unzähligen Projekten, die es zum Ziel hatten, die Integration junger Musliminnen zu fördern, durch die wir einen erheblichen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert erzielen konnten, wird unsere Existenz durch das neue Islamgesetz bedroht. Es ist uns vollkommen unverständlich, warum ein Verein, der sich seit Jahren ehrenamtlich um die Integration benachteiligter Gesellschaftsgruppen bemüht, derart ins Abseits gedrängt werden soll. Entsprechend groß ist unsere Empörung über die islamophoben Inhalte dieses Entwurfs.

Ein Beispiel für diese islamophoben Inhalte ist die Vielzahl an restriktiven Bestimmungen hinsichtlich der Vereine. Ihre Selbstbestimmungsrechte werden massiv eingeschränkt und durch weit interpretierbare Begrifflichkeiten der Willkür des Staates überlassen. Dies alles ist umso verstörender, da derartige Bestimmungen für keine andere Religionsgemeinschaft existieren.

Gemäß dem Gleichheitsprinzip fordern wir einen neuen Gesetzesentwurf. Dieser soll die gleichen Rechte, die auch im Protestanten- und Israelitengesetz verankert sind, beinhalten.

Eine Diskriminierung, wie sie der jetzige Entwurf vorsieht, stellt eine Gefahr für ein gerechtes Zusammenleben in Österreich dar. Allerdings vertrauen wir darauf, dass Österreich ein gerechter, demokratischer Staat ist und dass alle VertreterInnen aus Politik und Gesellschaft dieses Gesetz nur dann unterstützen werden, wenn es alle BürgerInnen dieses Landes gleich behandelt und für alle Religionsgemeinschaften gleiche Rechte vorsieht.

In großer Sorge und auf Ihre Unterstützung vertrauend,

Mag. Sevgi Kokac- Al-Khoutani

Vorsitzende der Jungen Musliminnen Österreich
Märzstrasse 100/4
1150 Wien

